

windenergie

Interessengemeinschaft Windkraft Österreich

KLIMAKRISE

KLIMASCHUTZ

EXTREMES WETTER

STABILE TEMPERATUREN

TEURE
ENERGIEIMPORTE

HEIMISCHE
ERNEUERBARE

HOHE FOLGEKOSTEN

FAIRE ENERGIEPREISE



UNSERE WAHL



Richtungswahl für den Klimaschutz

Die Klimapolitik der nächsten Jahre steht auf dem Spiel

Novelle muss klares Signal setzen

Ein wirksames Ökostromgesetz kann viele Probleme lösen

Eine Ankündigung ist noch kein Plan

EU-Kommission kritisiert dürrtfe Entwürfe der Staaten

 /igwindkraft



Die Kinder-Beilage zum Herausnehmen



Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat anlässlich der 25-Jahre-Feier der W.E.B in einer berührenden Rede daran erinnert, dass wir die erste Generation sind, die verstanden hat, dass der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit ist, und gleichzeitig die letzte, die es in der Hand hat, diese Bedrohung auch abzuwenden. Doch laufend erreichen uns neue Hiobsbotschaften der Klimawissenschaft: Hitzerekorde, brennende Torfböden in der Arktis, abschmelzendes Grönlandeis, Riesenbrände im Amazonasurwald, flächige Kahlschläge im Waldviertel, weil die Fichten die Hitze nicht mehr aushalten.

Wir haben die Wahl. Es muss sich vieles ändern, damit das, was uns wirklich wichtig ist, so bleiben kann, wie es ist, oder auch besser wird. Wägen wir ab: ein wenig Umstieg beim Mobilitätsverhalten und saubere Energie – etwa aus Wind und PV – oder massive Einbrüche bei der Lebensqualität, gesundheitliche Folgen von Hitzewellen, Wetterextreme wie Hochwässer und Muren? Es ist unsere Wahl. Am 29. September wird ein neuer Nationalrat gewählt. Über die nächsten fünf Jahre werden die neuen ParlamentarierInnen entscheidend bestimmen, ob uns die Energiewende als Ausweg aus der drohenden Klimakrise gelingen kann.

Aber noch vor der Wahl steht eine wichtige Entscheidung an. Am 25. September wird im Nationalrat darüber entschieden, ob die 200 Windkraftanlagen, die teilweise seit 2016 alle Bewilligungen haben, auch rasch errichtet werden können. Diese überfällige Entscheidung könnte in kurzer Zeit 1,3 Milliarden kWh neuen sauberen Strom bringen, das ist mehr als ein Viertel des Stromverbrauchs von ganz Wien. ●

Stefan Moidl

Geschäftsführer der IG Windkraft

Österreichs Volk begehrt Klimaschutz

Zahlreiche Initiativen fordern eine wirksame Klimapolitik.

Es rumort im beschaulichen Österreich. Nahezu jeden Tag hören und lesen die Menschen in den Medien neue Berichte über die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels. Und darüber, welche Maßnahmen zum Klimaschutz die PolitikerInnen ankündigen. Aber immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass diesen Ankündigungen keine Taten folgen, dass die angekündigten Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Deswegen sind in den letzten Monaten reihenweise Initiativen entstanden, die die Politik auffordern, ihre Klimaschutzblockade zu beenden und endlich dringend notwendige Maßnahmen zu setzen. Die Jugendbewegung Fridays for Future hat auch in Österreich für enormes Aufsehen und Echo gesorgt. Ihre Botschaft „Wir streiken, bis ihr handelt“ wurde von vielen PolitikerInnen nicht ernst genommen. Die Politik handelt noch immer nicht, die Jugend streikt weiter.

Eine große Klimaallianz formiert sich

Der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich EEO fordert mit einer Petition von den PolitikerInnen einen Schulterchluss für Klimaschutzmaßnahmen. Mit seiner „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ kämpft der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschober beim EuGH gegen Laufzeitverlängerungen für alte Schrott-AKW. Und seit 28. August kann jede und jeder das Klimavolksbegehren unterschreiben, dessen vorrangiges Ziel die Durchsetzung einer konsequenten Klimaschutzgesetzgebung ist. Allen diesen Initiativen gemeinsam ist die Absicht, den beim Klimaschutz untätigen PolitikerInnen einen gehörigen – höflich formuliert – „Anstoß“ zu geben, endlich ihr Parteien-Hickhack zu überwinden und wirksame Maßnahmen zu beschließen. Oder wie es Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehrens, ausdrückt: „Mit der bisher größten Klimaallianz Österreichs bündeln wir die Kräfte der Klimabewegung und bauen Brücken zu Menschen, die bisher noch nicht im Klimaschutz aktiv waren.“ Von Letzterem könnten sich unsere PolitikerInnen durchaus angesprochen fühlen. ●



windfakten.at

Das Zeitalter der erneuerbaren Energien hat schon begonnen. Wind & Co liefern saubere und kostengünstige Energie – ohne Umweltverschmutzung, ohne Ressourcenverschwendung.

KLIMA
VOLKSBEGEHREN

Klimaschutz ist nicht verhandelbar!

Jetzt klimavolksbegehren.at

unterschreiben!



Klimawende statt Klimawandel

Richtungswahl über die Zukunft der Energie- und Klimapolitik.

Ein Monat ist schnell um. Österreichs Energie- und Klimapolitik orientiert sich – auch als Mitgliedstaat der EU – am Etappenziel Ende 2030. Bis dahin sind es nur mehr 135 Monate. Am 29. September stimmen wir über einen neuen Nationalrat ab, der dann eine neue Regierung bilden wird. Diese wird, so nicht wieder unvorhersehbare Turbulenzen auftreten, bis etwa 2025 im Amt sein. Fünf lange Jahre, in denen über die Zukunft der österreichischen Energie- und Klimapolitik entschieden wird. Sollte die nächste Regierung nicht mit voller Ambition dem Thema Klimaschutz höchste Priorität geben, wären das fünf verlorene Jahre. Aber wie wir auf der Titelseite visualisiert haben: Es ist unsere Wahl.

Spürbarer Klimawandel

Im letzten Jahrzehnt hat sich das Verständnis weit verbreitet, dass wir eine Energiewende brauchen, dass wir aufhören müssen, Kohle, Öl und Gas zu verbrennen, um damit Energie zu erzeugen, dass wir stattdessen erneuerbare Energien – in Verbindung mit einer Steigerung der Energieeffizienz – ausbauen und nutzen müssen.

Vor allem die massiven Auswirkungen des Klimawandels haben uns vor Augen geführt, dass es so nicht weitergehen kann. Weltweit erleben wir katas-

trophale Wetterextreme – das arktische Meereis schmilzt, die Permafrostböden tauen auf, im Amazonasregenwald wüten verheerende Waldbrände, wir sehen auszehrende Dürren und zerstörerische Überschwemmungen. Ein Temperaturrekord jagt den anderen: Der Juni 2019 war weltweit der heißeste Monat aller Zeiten, dann kam der Juli und wurde zum weltweit heißesten Monat aller Zei-

„Wer seine Stimme für den Klimaschutz abgibt, hilft mit, dass möglichst rasch effektive Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden können.“

*Stefan Moidl,
Geschäftsführer IG Windkraft*

ten. Klimaforscher warnen nachdrücklich davor, dass in wenigen Jahren eine Milliarde Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten, weil die Lebensgrundlagen in ihrer Heimat zerstört werden.

Auch in Österreich ist der Klimawandel angekommen. Seit dem Jahr 1768 werden Temperaturdaten gemessen und aufgezeichnet. Nach zwei ausgeglichenen Jahrhunderten steigt seit dem Jahr 2000 die jährliche Durchschnittstemperatur steil an. Die überhitzten Sommer der letzten Jahre haben nicht nur der Land- und Forstwirtschaft extrem zugesetzt, sondern

auch den Menschen in den Städten. In einer aktuellen Umfrage geben 88 % der Befragten an, den Klimawandel in Österreich schon zu spüren. 53 % meinen, dass ihre Region bereits betroffen ist, weitere 35 % gehen davon aus, dass das schon in den nächsten Jahren der Fall sein wird. Es führt kein Weg mehr daran vorbei: Wir brauchen eine Klimawende, eine Wende in der Klimapolitik, um dem Klimawandel wirksame Maßnahmen entgegensetzen.

Bedenklicher Energiestatus

Schaut man auf die Fakten, die den Energiestatus Österreichs dokumentieren, ist ganz klar ein neuer politischer Ansatz gefragt. Die Treibhausgas-Emissionen liegen noch immer auf dem Niveau von 1990, nationales Ziel ist jedoch, diese klimaschädlichen Emissionen – im Vergleich zum Höchststand im Jahr 2005 mit 92,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent – bis 2030 um 36 % zu reduzieren. Dafür braucht es den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien und eine massive Steigerung der Energieeffizienz.

Doch dieser Ausbau stagniert, und deshalb stagniert auch der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch bei rund 72 %, ja er ist 2018 zum ersten Mal seit 2010 sogar wieder gesunken, und zwar um einen Prozentpunkt. Von

diesen 72 % sind 53 % der Großwasserkraft zuzurechnen, für die aber keine weiteren Ausbaumöglichkeiten gegeben sind. Die 100 % können also nur mit Erneuerbaren und dabei vor allem mit Windenergie und Photovoltaik erreicht werden. Dass dieser Ausbau Sinn macht, belegt die Tatsache, dass Österreich 2018 netto 14 % seines Stromverbrauchs importieren und dafür 400 Mio. Euro ins Ausland überweisen musste. Insgesamt gibt die Republik jährlich 10 Milliarden Euro für Energieimporte aus. Erreicht Österreich seine im Rahmen der EU festgelegten Klimaziele bis 2030 nicht, drohen Strafzahlungen in Höhe von bis zu 10 Milliarden Euro (siehe S. 10).

Eine noch vor der Wahl beschlossene Novelle des Ökostromgesetzes könnte zumindest kurzfristig den Ausbau der Erneuerbaren weiterbringen (siehe S. 6-7), für den Zeitraum bis 2030 und darüber hinaus muss aber im Sinne der Klimawende die Energie- und Klimapolitik völlig neu definiert werden.

Wahl mit Langzeitwirkung

Die Wahl Ende September ist ganz klar auch eine Richtungswahl über die Zukunft der österreichischen Energie- und Klimapolitik. Vorrangige Aufmerksamkeit wird daher den Einstellungen und Antworten der Parteien zu diesen Fragen gegeben. Im Besonderen muss aber auch darauf geachtet werden, welche Parteien es mit ihren Aussagen ernst meinen. Die Ankündigungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte, die in keiner Umsetzung und keinen konkreten Maßnahmen gemündet hat, muss ein Ende haben.

Wie vor jeder Wahl haben viele Medien und NGOs den relevanten Parteien Fragen zu ihrer Einstellung zum Klimaschutz vorgelegt. Die IG Windkraft, da überparteilich, enthält sich einer Wahlempfehlung. Als Anhaltspunkt für eine Wahlentscheidung zu Gunsten der Klimawende kann aber ein kleiner Überblick dienen, den die unabhängige Plattform Future Aid aus den Ergebnissen von Global 2000 und WWF zusammengestellt hat (siehe Grafik).

Voll in der Diskussion steht unter anderem eine Ökologisierung des Steuersystems, eine Steuerreform (siehe auch S. 8-9), die öko-sozial sein muss, also klimaschädliche Güter mit hohem CO₂-Ausstoß mittels eines angemessenen hohen CO₂-Preises gerecht bewertet, gleichzeitig aber Personen und Haus-

halte mit niedrigem Einkommen sogar entlastet. Möglich ist dies etwa durch einen entsprechend hohen Klimabonus, den der Staat jährlich an die Bürgerinnen und Bürger ausbezahlt, denn dadurch könnten Haushalte mit niedrigem Einkommen sogar mehr zurückerhalten, als sie die Steuer kostet. Nicht weiter verwunderlich ist, dass keine Partei sich ausdrücklich gegen den Ab-

„Die Parteien werden ihre Verantwortung beim effektiven Klimaschutz vor allem durch Kompromissfähigkeit unter Beweis stellen müssen, damit das energie- und klimapolitische Vakuum in Österreich ehestmöglich beendet wird.“

Peter Püspök, Präsident Erneuerbare Energie Österreich

bau umweltschädlicher Subventionen ausspricht, eher verwundert es, dass es kein einstimmiges Ja dafür gibt.

Doch die zentrale Frage wird sein: Werden die Parteien nach der Regierungsbildung wieder nur Klientelpolitik betreiben oder endlich über alle Parteigrenzen hinweg den notwendigen nationalen Schulterchluss in Sachen Klimaschutz zustande bringen? Den Schulterchluss, den Peter Püspök, Präsident des Dachverbandes Erneuer-

bare Energie Österreich, seit Monaten fordert: „Die Menschen wollen keine parteitaktisch motivierten Streitereien über den Klimaschutz, sondern endlich wirksame Maßnahmen. Wie immer die neue Regierung zusammengesetzt sein wird: Die Parteien werden ihre Verantwortung beim effektiven Klimaschutz vor allem durch Kompromissfähigkeit unter Beweis stellen müssen, damit das energie- und klimapolitische Vakuum in Österreich ehestmöglich beendet wird.“

Für den Klimaschutz

Auch IGW-Chef Stefan Moidl bekräftigt, welche entscheidende Bedeutung der Ausgang dieser Wahl für den Klimaschutz hat: „Wir haben in Österreich beim Klimaschutz enormen Nachholbedarf. Die Energie- und Klimapolitik der kommenden Regierung wird entscheidend dafür sein, ob Österreich seine Klimaziele bis 2030 erreichen kann. Wer seine Stimme für den Klimaschutz abgibt, hilft mit, dass möglichst rasch effektive Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden können. Die nächste Regierung muss sich intensiv für den Klimaschutz einsetzen, vor allem aber fordern wir alle zukünftigen ParlamentarierInnen auf, sich aktiv für den Klimaschutz zu engagieren, und alle Parteien, den Klimaschutz zu ihrem gemeinsamen Anliegen zu machen.“ ●

Die wichtigsten Parteien im Klima-Check

Priorität	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE
hoch	Öko-soziale Steuerreform					
	☒	☒	☒	☑	☑	☑
hoch	Umweltschädliche Subventionen abbauen					
	🌊	🌊	🌊	☑	☑	☑
hoch	Eine Klimamilliarde pro Jahr					
	🌊	☑	☒	☑	☑	☑
mittel	Neue PKW ab 2030 nur mehr CO₂-neutral					
	☒	🌊	☒	🌊	☑	☑
niedrig	Klimaneutralität bis 2040 in der Verfassung					
	🌊	☑	☒	☑	☑	☑
niedrig	Kerosinbesteuerung auf EU-Ebene					
	☑	☑	☒	☑	☑	☑
niedrig	Stopp für klimaschädliche Großprojekte					
	☒	☒	☒	🌊	☑	☑

☑ voll dafür 🌊 unklare Antwort ☒ dagegen ☒ keine Antwort

Global 2000 und WWF haben den Parteien Fragen zu ihrer Einstellung zum Klimaschutz gestellt, die unabhängige Plattform Future Aid hat alle Antworten zusammengefasst und nach Priorität gereiht – das Ergebnis sehen Sie hier.



Wir haben ALLES im Blick!
Nutzen Sie unsere Stärken zu Ihrem Vorteil.

- ... ein Ansprechpartner für alle Fachbereiche
- ... Know-how aus rund 100 umgesetzten Bauprojekten
- ... Projektabwicklung von der Ausführungsplanung bis zur Einspeisung ins Netz

**Konsequentes Baumanagement spart Zeit und Kosten.
Setzen Sie daher auf unsere Erfahrung – von Beginn an!**



Rascher Abbau

Intensive Gespräche aller Parteien

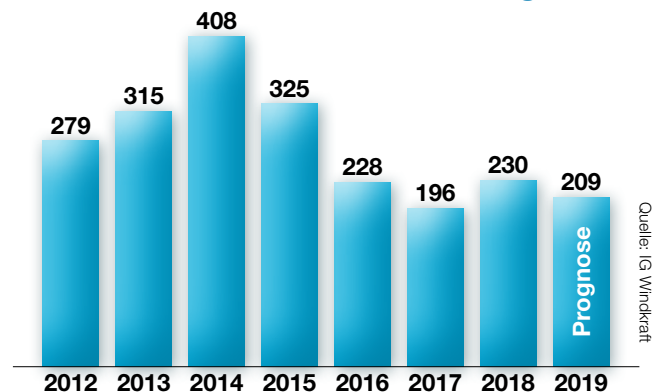
Seit dem Jahr 2016 wird von der jeweiligen Regierung verkündet, dass Österreich bis 2030 seinen Strom zu 100 % mit erneuerbaren Energien erzeugen will. Die Republik will damit der Verpflichtung nachkommen, ihren Beitrag zu den Klima- und Energiezielen der EU bis 2030 zu leisten. Dass es dafür einen massiven Ausbau der Erneuerbaren geben muss, liegt auf der Hand. Ebenfalls seit dem Jahr 2016 stauen sich bei der OeMAG fertig genehmigte, baureife Windkraftprojekte. Seit damals konnten laufend immer nur weniger Verträge vergeben werden, als neue Anträge gestellt wurden. Die Folge war der Rückstau einer stetig anwachsenden Warteschlange.

Jahrelang Rückstau und Blockade

Auf Anregung der Grünen konnte 2017 mit einer kleinen Novelle des Ökostromgesetzes ein Teil davon abgebaut werden. Allerdings wurden damals nur 350 der insgesamt 800 in der Warteschlange hängenden MW freigesetzt, die restlichen 450 MW blockieren seither weiterhin die jährlichen Förderhöfepfe. Derzeit stecken rund 200 Anlagen mit 620 MW in der Warteschlange. Und so besteht für die Windkraftbetreiber vorerst kein Anreiz, neue Projekte zu entwickeln und durch die Genehmigungsverfahren zu bringen, weil auf Jahre hinaus keine realistische Chance auf Umsetzung gegeben ist.

Der Ausbau der Windkraft schleppte sich in den letzten Jahren auf einem niedrigen Niveau von um die 200 MW pro Jahr dahin, weil die Politik trotz des 100%-Ökostrom-Zieles keine Ambitionen zeigte, in diese Richtung geeignete Maßnahmen zu setzen. Das hat auch dazu geführt, dass jährlich mehr Windkraftanlagen aus der Förderung fallen, als neue zugebaut werden. Doch mit jedem ungenützt verstreichenen Jahr rückt das von der Regierung selbstgesteckte Ziel immer näher und wird damit immer schwerer zu erreichen. In den letzten Monaten gab es viele politische Diskussionen über eine Neuregelung der Ökostromförderung in einem

Jährlicher Zubau an Windkraftleistung in MW



Schon seit Jahren stagniert der Ausbau der Windkraft, mit dem kompletten Abbau der Warteschlange kann bis zur endgültigen Neuregelung der Ökostromförderung wieder gebaut werden.

der Warteschlange in Sicht

über eine Novellierung des Ökostromgesetzes könnten Lösung bringen.

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, für das allerdings kein Entwurf vorliegt, doch diese wurden durch die abrupte Auflösung der Koalition jäh gestoppt. Die Bildung einer neuen Regierung wird wieder Monate in Anspruch nehmen, die Beschlussfassung einer neuen gesetzlichen Regelung im Nationalrat ist daher nicht vor Herbst 2020 zu erwarten, mit einem Inkrafttreten ist bestenfalls Mitte 2021 zu rechnen. Bis dahin steckt der Ökostromausbau fest.

Novelle als Übergangslösung

Allerdings bietet sich die Möglichkeit an, mit einer raschen Novellierung des Ökostromgesetzes kurzfristig Maßnahmen zu setzen und so die Chance zum Erreichen des 100%-Zieles und der EU-rechtlichen Verpflichtungen doch noch aufrecht zu erhalten. Sei es aus wahltaktischen oder aus originär energiepolitischen Überlegungen, jedenfalls wurden Anfang Juli zwei parlamentarische Initiativanträge eingebracht, die den Abbau der Warteschlange zum Gegenstand haben. Ein Antrag stammt von der SPÖ, der andere von ÖVP, FPÖ und Neos. Beide sind inhaltlich sehr ähnlich, unterscheiden sich nur in Details, und es stellt sich die Frage, warum der Klima- und energiepolitische Schulterschluss, den EEÖ-Präsident Peter Püspök dringend von den politischen

Parteien fordert, nicht in einem gemeinsamen Antrag zustande gebracht werden konnte. Denn letztendlich wird sich nur eine gemeinsam beschlossene Version durchsetzen können, da ansonsten die Gefahr besteht, dass sich SPÖ und ÖVP gegenseitig im Bundesrat blockieren, der Nationalratsbeschlüsse letztendlich absegnen muss.

„Das Wichtigste ist, dass alle Betreiber einen Vertrag erhalten und wirklich alle Anlagen der Warteschlange errichtet werden können. Denn nur dann ist das Kontingent 2020 frei für neue Projekte.“

*Stefan Moidl,
Geschäftsführer IG Windkraft*

Aus Sicht der IG Windkraft muss ein gemeinsamer Beschluss aller Parteien einige wesentliche Anforderungen erfüllen, damit die erwachten Ambitionen der Politik zu einer tatsächlichen Belegung des Windkraftausbaus führen können und nicht als kurzfristiges Strohfeuer verpuffen. Dazu sagt IGW-Geschäftsführer Stefan Moidl: „Das Wichtigste ist, dass alle Betreiber einen Vertrag erhalten und wirklich alle Anlagen der Warteschlange errichtet werden können. Denn nur dann ist das Kontingent 2020 frei für neue Projekte. Und nur dann ist die Novelle auch ein

klares Signal an die Betreiber, dass die Politik es ernst meint mit der Forcierung des Ausbaus und nicht nur Wahlwerbung betreiben will.“

Faire Bedingungen wichtig

Allerdings, sagt Moidl, müssen in der Novelle auch brauchbare Bedingungen enthalten sein: „Die vorgesehenen Abschläge bei den Einspeisetarifen sind sachlich in keiner Weise gerechtfertigt. Schon bei der Festlegung der Tarife für 2018 und 2019 erfolgten drastische Reduktionen im Vergleich zu den Vorjahren.“ Immer wieder werde, so Moidl, auf die niedrigen Zuschlagswerte bei den deutschen Windkraft-Ausschreibungen verwiesen: „Aber dieser Vergleich ist unsachlich, da Unterschiede bei Förderregime, Förderlaufzeit sowie Kostenstruktur berücksichtigt werden müssen. Eine aktuelle Studie aus Deutschland zeigt, dass die derzeitigen österreichischen Förderhöhen schon jetzt tendenziell unter den deutschen liegen.“

Noch vor der Nationalratswahl (aber nach unserem Redaktionsschluss) könnte ein Kompromiss aller Parteien den Weg für den Abbau der Warteschlange frei machen. Es wäre dies ein wichtiges Zeichen, ein kräftiger Impuls für die gesamte Ökostrombranche, dass es mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wieder weitergeht. ●

Initiativantrag der SPÖ

- Zusätzliche Mittel 45 Mio. Euro
- Freigabe der Mittel bereits 2019
- Abschläge auf die Tarife für nach 2021 bzw. 2022 gereichte Projekte, keine Angabe zur Höhe der Abschläge
- Basis Marktpreise 1. Halbjahr 2019

Initiativantrag von ÖVP/FPÖ/Neos

- Zusätzliche Mittel 40 Mio. Euro
- Freigabe der Mittel erst 2020
- Abschläge auf die Tarife für nach 2021 gereichte Projekte von 10 %, für 2022 und später 12 %
- Basis Marktpreise gesamtes Jahr 2019

25./26.9. Sitzung des Nationalrates
10.10. Sitzung des Bundesrates

Die Position der IGW zu den Initiativanträgen

- ⊕ Die Freigabe zusätzlicher Mittel sollte bereits 2019 erfolgen.
- ⊕ Die zusätzlichen Mittel sollten den Abbau der gesamten Warteschlange, sprich Verträge für alle fertig genehmigten Projekte ermöglichen.
- ⊕ Abschläge bei den Einspeisetarifen in Höhe von 10 bis 12 % sind sachlich nicht gerechtfertigt und daher abzulehnen.
- ⊕ Die Novelle muss dem EU-Beihilfenrecht entsprechen.
- ⊕ Zur Klarstellung der Berechnungsmethode für die Förderkontingente muss die Formulierung im Sinne der Rechtssicherheit abgeändert werden.



Fairer Preis für ein knappes Gut

CO₂-Bepreisung als Grundstein einer ökosozialen Steuerreform.

Österreich hat sich dazu verpflichtet, bis 2030 seinen Treibhausgas-Ausstoß massiv zu reduzieren. Derzeit sind wir vom Erreichen dieses Zieles Lichtjahre entfernt. Seit einigen Monaten läuft in Österreich eine intensive politische Debatte über eine Ökologisierung des Steuersystems – Stichwort ökosoziale Steuerreform. Grundstein einer solchen ist die Bepreisung von CO₂ als wichtigstem Treibhausgas. Diese könnte mit einer Steuer oder einem Preis für CO₂-Emissionen außerhalb des EU-Emissionshandels umgesetzt werden. Weitere zentrale Elemente sind die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen, die den Verbrauch von fossilen Energien begünstigen, und das Setzen von Anreizen für klimafreundliche Innovationen und Investitionen.

Steuer mit Abfederung

In Sachen ökosoziale Steuerreform geht ein tiefer Riss quer durch die Parteienlandschaft. ÖVP, SPÖ und FPÖ sprechen sich dagegen aus, Neos, Grüne und Liste Jetzt sind dafür. ÖVP und FPÖ sagen, dass sie keine neuen Steuern wollen. Das aber geht an der Sache vorbei, da es nicht vorrangig um neue zusätzliche Belastungen geht, sondern um eine aufkommensneutrale Umgestaltung mit Lenkungseffekten zur CO₂-Vermeidung. Die SPÖ wiederum will vermeiden, dass Pendler

und Geringverdiener stärker belastet werden, was aber durch eine wirksame soziale Abfederung – etwa durch die Rückverteilung über einen Klimabonus, der an alle Haushalte pro Kopf ausbezahlt wird – ganz einfach machbar wäre. Genau das schlagen Neos, Grüne und Liste Jetzt in unterschiedlicher Form vor, begleitet von der Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Senkung von Abgaben auf den Faktor Arbeit.

Internationaler Trend

Die Gegner einer CO₂-Bepreisung führen oft ins Treffen, dass Österreich keinen nationalen Alleingang machen sollte – gerade so, als ob Österreich damit ein klimapolitischer Einzelgänger wäre. Dem ist natürlich nicht so. Von den EU-28 haben bereits 12 Staaten zusätzlich zum EU-Emissionshandel CO₂-Preise eingeführt, ebenso Norwegen und die Schweiz. Österreich wäre also kein Vorreiter, sondern würde lediglich einem internationalen Trend folgen.

Als Erfolgsmodell gilt Schweden, das bereits 1991 eine CO₂-Steuer eingeführt hat, die bei 114 Euro pro Tonne liegt. Auch dort wurde ursprünglich die Steuerbelastung nicht angehoben, vielmehr wurden bestehende Energiesteuern auf CO₂-Steuern umgestellt und dann nach und nach erhöht. Diese Umschichtung bei der Steuerlast genießt heute eine hohe Akzeptanz in

Schweden. Die CO₂-Emissionen der schwedischen Haushalte konnten dadurch um 85 % gesenkt werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien ist seit 2004 von 38,7 % auf 54,5 % gestiegen, insgesamt sind die CO₂-Emissionen um 8 % gesunken – bei einem Wirtschaftswachstum von 31 %. Ein anderes System hat etwa Großbritannien gewählt, das 2013 im Rahmen des EU-Emissionshandels einen CO₂-Mindestpreis von 21 Euro pro Tonne festgesetzt hat. Die Niederlande wollen bis 2020 einen ansteigenden CO₂-Mindestpreis im Stromsektor einführen. Irland plant, seine bestehende CO₂-Steuer in den nächsten Jahren erheblich anzuheben.

Aus Erfahrungen lernen

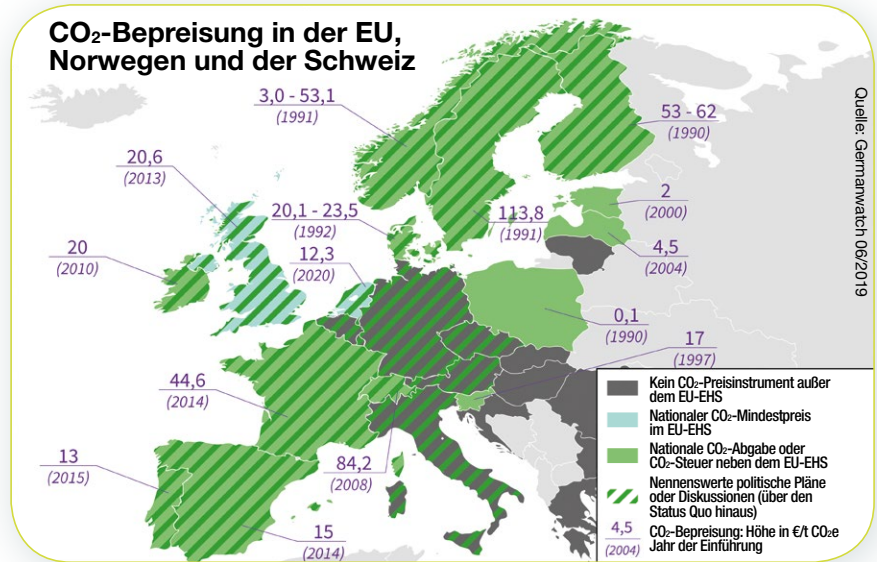
Als Negativbeispiel wird oft Frankreich angeführt. Dort gibt es seit 2014 eine jährlich ansteigende CO₂-Steuer auf fossile Kraftstoffe. Als diese 2018 schließlich auf 30 Euro pro Tonne geklettert war, kam es zu den bekannten Gelbwesten-Protesten, weil Menschen mit niedrigem Einkommen besonders davon betroffen waren. Doch die Erkenntnis daraus ist eben, dass unbedingt ein sozialverträglicher Ausgleich geschaffen werden muss, den Frankreich verabsäumt hat.

Auch in Deutschland werden die Möglichkeiten für eine faire und gerechte CO₂-Bepreisung momentan hef-

tig diskutiert: etwa als CO₂-Steuer auf fossile Energieträger wie Benzin und Heizöl oder die Einführung eines Mindestpreises für Emissions-Zertifikate. Das könnte auch Auswirkungen auf den österreichischen Markt haben, sagt IGW-Chef Stefan Moidl: „Österreich könnte im gemeinsamen Strommarkt mit Deutschland und Frankreich einen CO₂-Mindestpreis für die Stromerzeugung einführen. Das wäre für Österreich also keineswegs ein Alleingang, sondern eine konsequente nationale Ergänzung zum Emissionshandel.“

Unabhängige Wissenschaft

Politisch unabhängige und daher sehr ernst zu nehmende argumentative Unterstützung erhält die Forderung nach einer ökosozialen Steuerreform von der Wissenschaft. Anfang September präsentierte das Climate Change Center Austria, das Netzwerk der Klimaforschung in Österreich, seinen Referenzplan für einen Nationalen Energie- und Klimaplan, der im Gegensatz zum offiziellen NEKP der Regierung mit den Pariser Klimazielen in Einklang steht. Über 70 ExpertInnen österreichischer Universitäten und Forschungseinrich-



12 EU-Staaten haben zusätzlich zum EU-EHS bereits eigene CO₂-Preise eingeführt, ebenso Norwegen und die Schweiz, in Deutschland wird intensiv darüber diskutiert.

tungen haben an dem Dokument mitgearbeitet. In diesem Referenzplan wird ebenfalls als vorrangige Rahmenmaßnahme eine klimagerechte Steuerreform mit Kostenwahrheit genannt (CO₂-Preis, Abbau fossiler Subventionen etc.), die zugleich Entlastung für Menschen mit niedrigem Einkommen und

für Nebenkosten auf Arbeit sicherstellt. Die WissenschaftlerInnen, die großteils auch bei den Scientists for Future engagiert sind, appellieren an die Politik, die von ihnen aufgezeigten möglichen Klimaschutzpfade durch konkrete politische Maßnahmen umzusetzen – und zwar lieber heute als morgen. ●



IHR PLUS AN ERFAHRUNG.

Von der Planung bis zum Betrieb: umfassende Absicherung für Windenergieanlagen

www.ruv.at

Österreichs Plan fehlt ganz klar der Plan

EU-Kommission kritisiert Energie- und Klimaplan als nicht ausreichend.



Groß war die Aufregung unter Österreichs KlimaforscherInnen, als das Nachhaltigkeitsministerium in den letzten Monaten lautstark eine „Trendwende“ beim Ausstoß von Treibhausgasen (THG) hinausposaunte. Ex-Ministerin Köstinger twitterte sogar, dass die – nur auf dem Papier existierende – Klima- und Energiestrategie bereits Wirkung zeige. Natürlich waren die WissenschaftlerInnen nicht über die 3,8 % geringeren Emissionen der vorläufigen THG-Bilanz für 2018 erbost, sehr wohl aber über die realitätsfernen Botschaften.

Irreführende Aussage

Für Unmut sorgten die Parolen etwa bei Klimaforscher Gottfried Kirchengast, Leiter des Wegener Center an der Uni Graz: „Für Österreichs Emissionen ist keinerlei Trendwende sichtbar, weil ernsthafte Klimaschutzmaßnahmen bisher fehlen. Das ist eine sachlich falsche und inhaltlich irreführende Aussage, da Änderungen von einem Jahr zum nächsten jeweils nur kurzfristige Schwankungen abbilden

können. Man muss mindestens auf das fünfjährige Mittel und mehrjährige Trends schauen.“ Tatsächlich waren für die niedrigeren Emissionen ganz andere Faktoren ausschlaggebend als die Politik der letzten Jahre: etwa der Einmaleffekt eines viermonatigen War-

*„Für Österreichs Emissionen ist keinerlei Trendwende sichtbar, weil ernsthafte Klimaschutzmaßnahmen bisher fehlen.“
Gottfried Kirchengast, Leiter des Wegener Center, Uni Graz*

tungsstillstandes in einem Hochofen der Voest oder der milde Winter mit niedrigem Energieverbrauch.

Einjährige Sondereffekte haben aber nichts mit einer „Trendwende“ zu tun. Nach den vorläufigen Zahlen wurden 2018 rund 79,1 Mio. Tonnen THG emittiert. Das sind zwar 3,2 Mio. weniger als 2017, aber noch immer mehr als 2015, nachdem 2015, 2016 und 2017 die THG-Emissionen jeweils gestiegen sind. Der langjährige Vergleich zeigt,

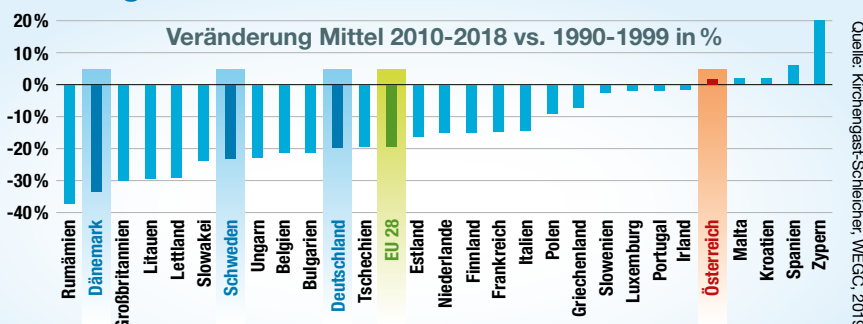
dass Österreich im EU-Schnitt extrem schlecht abschneidet. Die meisten EU-Länder konnten im letzten Jahrzehnt im Vergleich zu dem davor ihren THG-Ausstoß reduzieren, nur in fünf – darunter Österreich – stieg er an.

NEKP nicht ausreichend

Heftig kritisiert hatten die KlimawissenschaftlerInnen schon den Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplanes (NEKP), den die Regierung Ende 2018 an die EU-Kommission geschickt hat. Viel zu kurz greife dieser und sei deshalb völlig inakzeptabel. Mittlerweile ist auch die EU-Kommission zu dieser Einschätzung gekommen. In ihrem Schreiben vom 18. Juni zerpfückt die Kommission den österreichischen NEKP-Entwurf, wobei sie genau jene Kritikpunkte äußert, die die Klimawissenschaft und die Verbände der erneuerbaren Energien formuliert haben: Grundsätzlich nicht ausreichend für das Erreichen der EU-Klimaziele fehlen in dem Papier überdies konkrete Ziele und Zahlen, Maßnahmen und Budgets.

Die EU-Kommission stellt eindeutig fest, dass mit diesem Entwurf eine Zielverfehlung sicher ist. Die österreichische Regierung wird daher aufgefordert, ihren NEKP entscheidend nachzubessern. Wird sie dem nicht gerecht, drohen bis 2030 Strafzahlungen von bis zu 10 Milliarden Euro. Zusätzlich würden die Importe fossiler Energie im Umfang von 10 Milliarden Euro unverändert hoch bleiben. Deshalb mahnt EEÖ-Präsident Püspök: „Wenn die Regierung Schaden von Österreich abhalten will, ist für die Endfassung des NEKP eine deutlich höhere Ambition gefordert. Alles andere wäre verantwortungslos.“ ●

Änderung der THG-Emissionen in den EU-28-Ländern



Mit seinem im langfristigen Jahrzehnte-Vergleich steigenden THG-Ausstoß zählt Österreich zu den absoluten Klimaschlusslichtern unter den EU-28-Ländern.



Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral

EU-Kommission setzt Markierungen für die Energiezukunft.

„Eine Ankündigung ist noch kein Plan.“ Mit diesem Resümee hat die EU-Kommission die fehlende Substanz der Entwürfe für die Nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP) bis 2030 kritisiert, die die Mitgliedstaaten Ende 2018 vorgelegt hatten. Die Entwürfe enthielten vage Ziele und Ankündigungen, durch die Bank fehlten aber Angaben zu detaillierten Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. „Wie also schaut der Plan aus?“ fragt die Kommission daher mit Recht.

Versäumnisse nachholen

Mit ihrem „Clean Energy Package“ hat die EU verbindliche Mindestziele von 32 % erneuerbare Energien, 32,5 % Energieeffizienz und 40 % weniger CO₂-Emissionen (gegenüber 1990) festgeschrieben. Ende Juni hat die EU-Kommission eine Übersicht über die NEKP-Entwürfe der 28 EU-Länder veröffentlicht und gemahnt, dass damit keines der EU-Ziele bis 2030 erreicht werden kann. In 15 der 28 Entwürfe wird kein fairer Beitrag zum Erneuerbaren-Ziel genannt. Generell sind die Entwürfe dürftig und stückwerkhaft, es fehlen klare und detaillierte Angaben, mit welchen Maßnahmen die erneuerbaren Energien unterstützt und vorangebracht werden sollen. Dies gilt insbesondere auch für das österreichische Papier, das in der Gesamtanalyse dieser ohnehin unzureichenden Entwürfe sogar noch als unterdurchschnittlich bewertet wird.

Auch Giles Dickson, Geschäftsführer des europäischen Dachverbandes WindEurope, sieht einen enormen Nachbesserungsbedarf für die endgültigen nationalen Pläne, die die einzelnen Länder bis Ende 2019 erstellen müs-

sen: „Die Botschaft der EU-Kommission ist unmissverständlich: Reicht der Plan nicht, plant man ein Nichterreichen. Mit diesen Plänen sind die 32 % Erneuerbaren bis 2030 nicht zu schaffen. Die EU-Staaten müssen jetzt bis Jahresende ihre Versäumnisse nachholen und

„Die endgültigen Pläne müssen jedoch ambitionierter ausfallen, um die EU auf die Bekämpfung des Klimawandels und die Modernisierung unserer Wirtschaft auszurichten.“

Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie

die richtigen Signale für Investoren senden. Windenergie ist die billigste Form der Stromerzeugung, aber nur wenn klare Pläne vorliegen, wird die Windindustrie bereit sein zu investieren.“

Die EU-Kommission hat nochmals klargemacht, dass die Umsetzung der Klima- und Energiepolitik bis 2030 nur ein Etappenziel ist. Schon im November 2018 hat sie ihre langfristige strategische Vision vorgestellt, die zeigt, wie Europa die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 verwirklichen kann – eine Wirtschaft, die „unter dem Strich“ keine Treibhausgas-Emissionen verursacht. (Die Einschränkung „unter dem Strich“ ist der dezente Hinweis der EU, dass es auch 2050 noch CO₂-Emissionen geben wird, diese aber durch CCS gebunden werden sollen.) Damit sind auch alle Mitgliedstaaten aufgefordert, schon jetzt über 2030 hinaus zu denken und ihre endgültigen NEKPs an der langfristigen Strategie der EU auszurichten. Deshalb hat auch Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie,

nach der Bewertung der NEKP-Entwürfe bekräftigt: „Die endgültigen Pläne müssen jedoch ambitionierter ausfallen, um die EU auf die Bekämpfung des Klimawandels und die Modernisierung unserer Wirtschaft auszurichten.“

80 % Strom mit Erneuerbaren

Derzeit liegt Europas Abhängigkeit von Energieimporten bei rund 55 %. Durch die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft soll dieser Wert bis 2050 laut EU auf rund 20 % sinken. Dann werden über 80 % des Stroms mit erneuerbaren Energien erzeugt werden. Um dieser wachsenden Nachfrage gerecht zu werden und Klimaneutralität zu erreichen, muss die Produktion laut EU-Kommission auf das bis zu 2,5-Fache des derzeitigen Niveaus steigen. Einen klaren Auftrag für diesen Kurs gibt es aus der Bevölkerung: Laut Eurobarometer stimmen 85 % der EU-BürgerInnen zu, dass Klimaschutz und eine effizientere Energienutzung in Europa Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen können. ●

Nicht mit Paris kompatibel

Zwar hat die EU-Kommission mit dem Clean Energy Package ihre Mindestziele bis 2030 deutlich erhöht, doch diese Ziele sind zu niedrig, um dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden. Deshalb hat die Kommission Evaluierungszeitpunkte wie etwa den nächsten für den Erneuerbaren-Anteil im Jahr 2023 fixiert, zu dem das Ziel von 32 % weiter angehoben werden kann.



Übergang mit Baustellen

Modell des Ausgleichsenergiemarktes muss neu definiert werden.

Ende 2017 verabschiedete die EU-Kommission ihre Electricity Balancing Guideline (EBGL). Um dieser zu entsprechen musste in Österreich unter anderem das Modell zur Ermittlung der Ausgleichsenergiepreise angepasst werden. Noch bis Ende 2018 wurden die Kosten aus dem Regelreservemarkt zwischen Erzeugern und Bilanzgruppen anhand der „78/22“-Systematik aufgeteilt: 78 % der Kosten wurden über das sogenannte Systemdienstleistungsentgelt voll an die Erzeuger, 22 % über den Ausgleichsenergiepreis an die Bilanzgruppen verrechnet. Durch eine veraltete Berechnungsmethode für den Ausgleichsenergiepreis – die die vermehrte Einspeisung von volatilem, mit erneuerbaren Energien erzeugtem Strom nicht abbilden konnte – kam es zu überdurchschnittlich hohen Kostenbelastungen für die von der OeMAG geführte Öko-Bilanzgruppe.

Baustellen beseitigen

In einer von der Austrian Power Grid (APG) einberufenen branchenübergreifenden „Expertenrunde“, an der auch die IG Windkraft beteiligt war, wurden Eckpunkte für ein neues Regel- und Ausgleichsenergiemodell erarbeitet. Anfang 2019 wurde daraufhin ein bis Ende 2020 geltendes Übergangsmodell eingerichtet, in dem der Großteil der Gesamtleistungskosten über das Systemdienstleistungsentgelt an

Erzeugungsanlagen über 5 MW Engpassleistung überwältigt wird, während die Bilanzgruppen die Energiepreise tragen müssen. Lediglich die Vorhaltekosten der Tertiärregelung werden über den sogenannten Zusätzlichen Abrechnungsmechanismus an die Bilanzgruppen entsprechend ihrer Erzeugungs- und Verbrauchsumsätze verrechnet. Damit konnte vorerst die EU-Konformität hergestellt werden.

„Das jetzige Modell weist erhebliche Rechtsunsicherheit auf und bedarf im Zuge der Novelle des EIWOG 2010 in vielen Bereichen einer gesetzlichen Neuregelung.“

*Stefan Moidl,
Geschäftsführer IG Windkraft*

Doch auch das aktuelle Übergangsmodell enthält einige „Baustellen“, an denen dringend nachgebessert werden muss, wie IGW-Chef Stefan Moidl erklärt: „Das jetzige Modell weist erhebliche Rechtsunsicherheit auf und bedarf im Zuge der Novelle des EIWOG 2010 in vielen Bereichen einer gesetzlichen Neuregelung. Auch die derzeitige Umsetzung der Balancing Guideline über Verordnungen und Erlässe und AGBs durch die E-Control kann nicht auf Dauer so gehandhabt werden.“

Als markantes Beispiel für die angesprochene Rechtsunsicherheit nennt Moidl das sogenannte „Sonderkonto“

der APG. Mehr- und Mindererlöse der Ausgleichsenergie, Geld, das von den Bilanzgruppen kommt, werden „treuhänderisch“ auf einem Konto der APG geparkt. Eine zeit- und verursachergerechte Rückverrechnung auf die jeweiligen Bilanzgruppen, wie sie die IG Windkraft vorschlägt, ist nicht angedacht. Etwaige Mehrerlöse sollen bis zur Neuregelung des EIWOG – also bis 2020/21 – auf dem Sonderkonto auflaufen. Die Ungewissheit der Verwendung der angehäuften Mittel führt zu großer Unsicherheit für alle Marktteilnehmer. Hier ist der Gesetzgeber ganz klar gefordert, rasch für Klarheit zu sorgen.

Erlöse auf Sonderkonto

In das Sonderkonto fließen auch Erlöse und Kosten des ungewollten Austausches und des Imbalance Netting. Unter Letzterem versteht man die Saldierung von abgerufener Regelenergie auf Basis internationaler Kooperationen unter Übertragungsnetzbetreibern. Dazu kommt es, wenn Regelenergie in einer Regelzone ausgeführt und in einer anderen abgerufen wird. Die Regelzonen gleichen sich also untereinander aus. Beim ungewollten Austausch kommt es aus regelungstechnischen Gründen zu Abweichungen zwischen Soll- und Istwerten des Stromaustausches benachbarter Stromnetze. Der ungewollte Austausch meint jene Energiemenge, die in einer Regelzone

unplanmäßig aus dem jeweiligen Netzbereich entnommen oder in diesen eingeliefert wird.

Für die Zeit nach 2020 wird es entscheidend darauf ankommen, den Anforderungen der Erneuerbaren vorrangig Priorität zu geben. Will Österreich bis 2030 seinen Strom zu 100 % mit erneuerbaren Energien erzeugen, werden Windkraft und Photovoltaik den größten Anteil am weiteren Ausbau erbringen müssen. Ein zukünftiges Ausgleichsenergiepreismodell muss daher sinnvollerweise die nationalen Ausgestaltungsmöglichkeiten der EBGL derart nutzen, dass es auf die Erzeugungscharakteristik der Technologien Windkraft und PV abgestimmt wird und damit den weiteren Ausbau der Erneuerbaren in Österreich unterstützt. Auch wird den Erneuerbaren – allen voran der Windkraft – ein fairer Zugang zum Regelenergiemarkt ermöglicht werden müssen.

Kontinuität gewährleisten

Ein neues funktionierendes Ausgleichsenergiemodell muss vor allem Stabilität und Sicherheit garantieren. Dafür gilt es aus Erfahrungen in anderen Ländern zu lernen. Trotz der

Trennung der Strompreiszonen ist Österreich immer noch eng mit dem deutschen Markt verbunden. Im Oktober 2018 wurde das in Deutschland am Regelenergiemarkt damals angewendete Mischpreisverfahren auch in Österreich eingeführt. In einem richtungsweisenden Urteil hat am 25. Juli 2019

„Ab 2021 muss es dann aber ein Verfahren geben, das den gewünschten und geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien mit Perspektive 100 % Ökostrom bis 2030 bestmöglich und mit ganz klarer Priorität unterstützt.“

Bernhard Fürnsinn, Energie-wirtschaftsexperte der IG Windkraft

das Oberlandesgericht Düsseldorf das Mischpreisverfahren für rechtswidrig erklärt. Nun wird wieder das ursprüngliche Ausschreibungsverfahren auf Basis von Leistungspreisen herangezogen. Auch wenn die in Österreich von der E-Control genehmigten Modalitäten für Regelreserveanbieter sowie die Ausschreibungsdetails von diesem Urteil nicht direkt betroffen sind, werden diese dennoch im Sinne der harmonisier-

ten Marktbedingungen und des Level Playing Field auch in Österreich entsprechend angepasst. Eine derartiges Hin und Her, laufende Änderungen, die den Regelenergiemarkt nur komplex und unsicher machen, gilt es in Hinblick zu vermeiden.

Priorität für Erneuerbare

Für Bernhard Fürnsinn, Experte für Energiewirtschaft der IG Windkraft, leitet sich daraus klar ab: „Diesen Entwicklungen muss auch in Österreich bei der Ausgestaltung eines zukünftigen und dann endgültigen Modells zur Verrechnung der Regel- und Ausgleichsenergie Rechnung getragen werden, vor allem, weil es 2020 dann intensive Diskussionen über neue Gesetze geben wird. Es ist absolut verständlich, dass es im Interesse der Netzbetreiber liegt, dass sich alle Akteure innerhalb der Regelzone systemdienlich verhalten und eine faire Verrechnung stattfindet. Ab 2021 muss es dann aber ein Verfahren geben, das den gewünschten und geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien mit Perspektive 100 % Ökostrom bis 2030 bestmöglich und mit ganz klarer Priorität unterstützt.“ ●

WIR BRINGEN IHR PROJEKT ANS NETZ!

Matthäus Witek | Leitung Windenergie | ECOWind GmbH

Von der Planung bis zur schlüsselfertigen Übergabe bieten wir Ihnen individuelle und maßgeschneiderte Lösungen.

Profitieren Sie von unserer langjährigen Erfahrung und der Einkaufsstärke unserer Unternehmensgruppe BayWa r.e. und sichern Sie sich den Mehrwert für Ihr Projekt!

ECOWind Handels- und Wartungs GmbH
Fohrafeld 11 | A-3233 Kilb
Tel: +43 (0)2748 58037

office @ ecowind.at | www.ecowind.at



ECOwind
WINDENERGIE

Ein Unternehmen der BayWa r.e.

Licht und Schatten in der Steiermark

Klimaziele des Landes mit neuem Sachprogramm nicht erreichbar.



Mit dem Entwurf für ein neues Sachprogramm Windenergie (SAPRO-Wind 2019) setzt die Steiermark weiterhin auf den bewährten Rechtsrahmen zur Entwicklung der Windkraft. Leider greifen die darin enthaltenen Vorschläge zu kurz, um damit die Ziele der steirischen Klima- und Energiestrategie (KESS) 2030 erreichen zu können.

Mit dem ersten, 2013 begonnenen SAPRO-Wind kam es zu einem deutlichen Ausbau der Windkraft. Ende 2018 zählte man knapp 100 Windräder mit einer Gesamtleistung von 237 MW. Nicht erreicht wurde in den fünf Jahren seiner Geltungsdauer das Ziel von 300 MW. Eines der Ziele der KESS 2030 ist, die Gesamtleistung an Windkraft auf 1.000 MW auszubauen. Windräder mit 150 MW sind bereits bewilligt. Somit müssten in den nächsten Jahren zusätzlich rund 600 MW geplant und errichtet werden. Das aber wird mit dem neuen SAPRO nicht machbar sein.

„Leider reichen die ausgewiesenen Flächen bei weitem nicht aus“, sagt IGW-Chef Stefan Moidl. „Es ist davon auszugehen, dass lediglich rund 200 MW möglich sind. Damit werden aber

die Ziele, die sich die Steiermark gesetzt hat, deutlich verfehlt.“ Moidl appelliert daher an die Landesregierung, in der endgültigen Fassung mehr Windkraft zu ermöglichen. Verkürzt werden sollte auf jeden Fall der Evaluierungszeitraum von fünf Jahren. „Wegen der langen Vorlaufzeiten für Windkraftprojekte muss die Evaluierung spätestens nach drei Jahren stattfinden“, sagt Moidl. „Das ist eine entscheidende Stellschraube, um das steirische Ziel bis 2030 noch erreichen zu können. Stand der Dinge ist, dass die Landesregierung plant, das SAPRO im Herbst zu beschließen.“

Strategie und Ziele anpassen

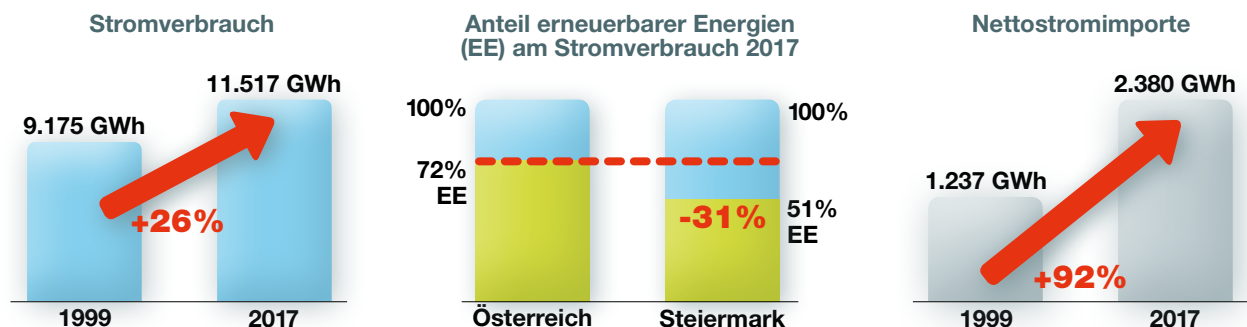
Dazu kommt, dass die KESS, die Ende 2017 ausgearbeitet wurde, auf überholten Werten basiert. Seither wurden im „Clean Energy“-Paket der EU-Kommission wie auch in der österreichischen Klima- und Energiestrategie deutlich höhere Zielwerte und Verpflichtungen für den Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz vereinbart. Diesen neuen Zielen entspricht die steirische Strategie nicht mehr, ebenso wenig wie den Anforderungen

des Pariser Klimaabkommens. „Hier ist die Steiermark gefordert“, sagt Moidl, „auf diese Entwicklungen zu reagieren und rechtzeitig ihre Ziele anzupassen. Die Bekämpfung der Klimakrise bedarf eines geeigneten Planungshorizontes, Windräder können nicht von heute auf morgen errichtet werden.“

Starken Rückhalt gibt es jedenfalls aus der Bevölkerung, wie eine aktuelle Umfrage zeigt. 86 % der Steirerinnen und Steirer sagen ja zum Ausbau der Windkraft in ihrem Bundesland. 47 % erwarten von der Windkraft sogar ausgesprochen positive Auswirkungen auf ihre Lebensqualität – weil es sauberer Strom aus der Region ist, der keine Umweltbelastung verursacht. Weitere 43 % stehen der Windkraft neutral gegenüber. Damit zählt die steirische Bevölkerung zu den größten Befürwortern der Windenergie in Österreich.

Moidl fordert daher die steirische Politik auf, „den Windkraftausbau nach den Wünschen der Bevölkerung und den Notwendigkeiten des Klimaschutzes mit dem SAPRO-Wind 2019 zu ermöglichen und jetzt die dafür nötigen Maßnahmen zu setzen“. ●

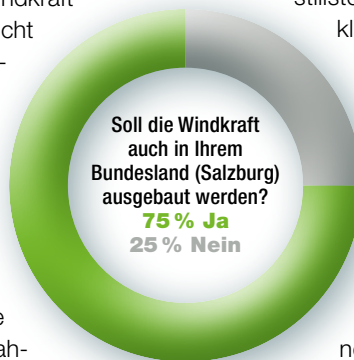
Im Strombereich und bei den erneuerbaren Energien hat die Steiermark enormen Aufholbedarf



In den letzten knapp 20 Jahren ist in der Steiermark der Stromverbrauch stark gestiegen (+26 %), die Nettostromimporte haben sich beinahe verdoppelt. Der Stromanteil aus erneuerbarer Energie liegt mit 51 % weit unter den gesamtösterreichischen 72 %.

Windstille in Salzburg

Im Dezember 2015 hat das Land Salzburg einen „Masterplan Klima + Energie 2020“ vorgelegt. Als eine erste Etappe soll bis 2020 der Anteil erneuerbarer Energien 50 % des Gesamtverbrauchs ausmachen. Das Kuriose daran ist: Schon 2015 betrug dieser Anteil mehr (!) als 50 %, ist seither allerdings wieder unter 50 % gesunken. Als ein Maßnahmenbündel nennt der Masterplan den Ausbau der Erneuerbaren. Einen relativ bescheidenen Beitrag soll die Windkraft mit knapp 400 TJ bis 2020 liefern – das entspricht 20 Windkraftanlagen mit 50 MW. Nur: Bis heute steht in Salzburg kein einziges Windkraftwerk. Seit 20 Jahren gab es immer wieder Planungsversuche, doch ohne Erfolg. Der letzte Verhinderungsakt fand Mitte Juni im Lungau statt. Dort sprachen sich 12 von 15 Bürgermeistern des Regionalverbandes gegen den Ausbau der Windkraft in ihrer Region in den nächsten zehn Jahren aus, sie fordern von der Landespolitik, rasch klare Rahmenbedingungen vorzugeben. Ob die sogenannten Volksvertreter damit den Willen des Volkes umgesetzt haben, muss bezweifelt werden. In einer aktuellen Umfrage sprechen sich 75 % der Salzburger Bevölkerung FÜR den Ausbau der Windkraft in ihrem Bundesland aus. 86 % erwarten davon keine oder sogar positive Auswirkungen auf ihre Lebensqualität. Selbst im Lungau sieht die Bevölkerung das kaum anders.



Das Schreckgespenst der zaudernden Bürgermeister heißt: Was werden die Touristen sagen? Sie verdrängen dabei alle internationalen Erfahrungen sowie diejenigen in anderen Bundesländern wie der Steiermark oder dem Burgenland, wo sich klar gezeigt hat, dass moderne Touristen erneuerbare Energien äußerst positiv wahrnehmen. „Damit die Energiewende in Salzburg nicht weiterhin mehrere Jahre stillsteht, ist jetzt die Landespolitik gefordert, rasch klare und brauchbare Rahmenbedingungen vorzugeben, in welchen Regionen die Kraftwerke der erneuerbaren Energien bis 2030 errichtet werden können“, sagt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft. Ende August meldete sich Landeshauptmann-Stellvertreter Heinrich Schellhorn zu Wort: „Ich gebe nicht auf. Es gibt 13 Standorte in Salzburg, die wirtschaftlich wie auch vom Windaufkommen her geeignet wären. Ich bin zuversichtlich, Windräder in Salzburg installieren zu können.“ Damit Österreich bis 2030 das Ziel einer Stromversorgung mit 100 % erneuerbaren Energien erreichen kann, müssen auch die Bundesländer im Westen ihren Teil dazu beitragen. Deshalb wird es notwendig sein, dass bis dahin in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg in Summe rund 300 Anlagen mit 1.000 MW Windkraftleistung errichtet werden. ●

VCO MOBILITÄT MIT ZUKUNFT



CO₂-Budget fast aufgebraucht

Österreichs CO₂-Aufnahmekapazität zur Einhaltung des UN-Klimaziels



Wie lange das CO₂-Budget reicht



Printausgabe kostenlos bestellen
www.vcoe.at/wind



Der VCÖ setzt sich seit mehr als 30 Jahren als gemeinnützige Organisation für eine umweltverträgliche und sozial faire Mobilität ein.

NATURSCHUTZ IST UNS EIN ANLIEGEN

Um die Bewilligung für seine Errichtung zu erhalten, muss in Österreich jedes Windrad ein umfangreiches Genehmigungsverfahren durchlaufen. Ab einer gewissen Größe ist verpflichtend eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. In beiden Fällen ist es erforderlich, die hohen Anforderungen des Naturschutzrechts zu erfüllen. Dabei geht es vor allem um Landschafts-, Vogel- und Naturschutz. Nur wenn für alle Aspekte positive Gutachten vorliegen, wird eine Bewilligung erteilt.



KEIN WINDRAD IN NATURSCHUTZGEBIETEN

Naturschutzgebiete sind für die Windkraft tabu. Generell werden Windparks nur dort geplant, wo die Umgebung dünn besiedelt ist und die Eingriffe in die Natur auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden können. In der Regel sind das Flächen, die land- und forstwirtschaftlich schon intensiv genutzt werden, also ohnehin bereits Kulturlandschaft sind.

KLIMASCHUTZ IST AUCH NATURSCHUTZ

Die Windenergie ist eine der umweltfreundlichsten Technologien zur Stromerzeugung. Sie lässt weder schädliche Klimagase noch sonst gefährliche Abfälle entstehen und verbraucht unter allen Erneuerbaren die geringste Fläche pro erzeugter Strommenge. Das Umfeld von Windparks profitiert auch direkt von der Windenergie, da viele Betreiber konkrete Tier- und Naturschutzmaßnahmen umsetzen.

EINRICHTUNG VON BRUTGEBIETEN FÜR VÖGEL

Die Parndorfer Platte nördlich des Neusiedlersees ist eines der wichtigsten heimischen Vogelschutzgebiete. Seit vielen Jahren engagiert sich dort BirdLife Österreich für bedrohte Vogelarten. Und seit bald zehn Jahren stellen die Windpark-Betreiberfirmen Energie Burgenland, ImWind und Püspök in diesem Gebiet rund 120 Hektar ehemalige Äcker als Ausgleich für Flächen bereit, die als Windparks genutzt werden. Diese intensive und kontinuierliche Aufwertung durch Naturschutzflächen bringt mittlerweile erfreuliche Ergebnisse. Bis in die 1960er Jahre war der Seeadler in Europa fast ausgerottet. Mittlerweile gibt es im Osten Österreichs wieder eine ganzjährig ansässige, stetig steigende Population, auch die 2018 gezählten 35 Brutpaare sind ein neuer Höchststand. Die „Wintergäste“ eingerechnet konnten die Vogelkundler Anfang 2019 stolze 177 Seeadler zählen. Als besonderes erfreuliches Ereignis berichtet BirdLife, dass in den Brachflächen im Gebiet der Windparks heuer erstmals zwei Bruten der stark gefährdeten und EU-weit streng geschützten Sumpfohreulen gefunden wurden.

AUSGLEICHSFLÄCHEN STELLEN NEUE RÄUME BEREIT

Klarerweise stellt die Errichtung eines Windparks einen Eingriff in Natur und Landschaft dar, so wie das eben auch beim Bau von Fabriken, Autobahnen oder Strommasten der Fall ist. Im Ausgleich dafür setzen Windparkbetreiber viele ökologische Projekte um. Häufig werden etwa auf Bracheflächen Blüh- und Streuobstwiesen angelegt, wo heimische Vögel ungestört brüten können.

Sie stellen auch neue Rast- und Nahrungsflächen für durchziehende überwinternde Vögel bereit. So legte beispielsweise die Windkraft Simonsfeld beim Bau des Weinviertler Windparks Kreuzstetten IV auf bisher genutzten Äckern sieben Hektar Ausgleichsflächen an.

Zusätzlich wurde eine über einen Hektar große Altholzzelle mit einem Baumbestand aus vorwiegend 100- bis 120-jährigen Eichen angelegt. Wie der Zoologe Thomas Zuna-Kratky in seinem Ausgleichsflächenbericht 2018 dokumentiert, schafft beides zusammen eine optimale Vegetationsstruktur und bietet Lebensraum und Quartier für gefährdete Waldvögel und Waldfledermäuse. Auch konnten auf den Ausgleichsflächen bereits in der ersten Saison 92 verschiedene Pflanzenarten gezählt werden.





Naturerlebnis im Hochmoor

Mit dem Windpark Pretul, auf 1.600 Meter Seehöhe in den Fischbacher Alpen im steirischen Mürztal gelegen, haben die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) 2017 ihren ersten Windpark in Betrieb genommen. In nächster Nähe zu den 14 Windrädern liegt das Schwarzriegelmoos, das östlichste Hochmoor der Alpen. Lange Zeit unbeachtet wurde dieses Naturkleinod mit seiner einzigartigen Fauna und Flora vom Windparkbetreiber ÖBf sorgsam renaturiert und lädt seither vorbeikommende Wanderer zum „Naturerlebnis Schwarzriegelmoos“ ein.

Denn zusätzlich zur deutlichen Verbesserung des ökologischen Zustandes des Moores haben die ÖBf einen interessanten Naturlehrpfad eingerichtet. Mit Holzstegen quer durch das Moor, Info-Tafeln in traditioneller Email-Technik und einer Aussichtsplattform wird dieses einzigartige Hochmoor für BesucherInnen erstmals haut-

nah erlebbar gemacht. Die Renaturierung des Schwarzriegelmooses war eine von zahlreichen ökologischen Maßnahmen der ÖBf, die die Errichtung des Windparks Pretul begleiteten. So wurden auch Ruhegebiete für das Wild geschaffen, Altholzzellen eingerichtet und mit standorttypischen Gehölzen aufgeforstet.

„Moore zählen weltweit zu den am stärksten gefährdeten Lebensräumen“, berichtet ÖBf-Vorstand Rudolf Freidhager. „Durch Vertritt, Befahren und starkes Zuwachsen wurde das Schwarzriegelmoor in den letzten Jahrzehnten stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Öko-Windpark Pretul ist ein Vorzeigebispiel für gelebte Nachhaltigkeit und eine schonende Energiewende. Bei der gesamten Umsetzung galten höchste ökologische Standards von der Abfallbehandlung über die Bautechnik bis hin zur Wildökologie und zum Naturschutz.“ ●



Ihr kompetenter Partner
in allen meteorologischen Belangen

Messung

- Vertikalprofil mittels SODAR/RASS
- Wind, Turbulenz, Temperatur

Bewertung

- Ertragsgutachten und Optimierung
- Standsicherheit, Turbulenzintensität, Extremwind
- Eisansatz und Vereisungshäufigkeit
- Windpotenzial

Prognose

- Intra-Day, Day-Ahead und 7-Days
- Wind in Nabenhöhe
- Ertrag
- Vereisungspotenzial



ZAMG
Zentralanstalt für
Meteorologie und
Geodynamik

Kunst trifft Windkraft

Land-Art unterm Windrad

Keine mysteriösen Kornkreise, sondern ein Windrad und seine symbolisierte Rotorbewegung – dieses imposante Land-Art-Kunstwerk entstand Ende Juli direkt unterhalb des Windrades in Lichtenegg in der Buckligen Welt. Idee und Plan für dafür stammen von der burgenländischen Künstlerin Heidi Tschank. Gemeinsam mit Windmühlenwart und Landwirt Heinrich Kornfell und dessen Sohn Josef am Traktor wurden die Spuren in das Kornfeld gezogen. ●

Heidi Tschank im Vorgespräch mit Mühlenwart Heinrich Kornfell, Josef Kornfell am Traktor lieferte Präzisionsarbeit.



Windkunst auf der Donauinsel

Das Wien-Energie-Windrad auf der Wiener Donauinsel präsentiert sich in neuer künstlerischer Aufmachung. Ende September klebten die Industriekletterer der Skyworkers die auf 200 Folien gedruckte Illustration auf. „Die Gestaltung des Windrads ist ein poetisches Bild davon, wie leicht uns natürliche Energiequellen zur Verfügung stehen“, sagt die St. Pöltener Künstlerin Katharina Kothmiller zu ihrem Entwurf, der im Rahmen des Windkraft-Kunst-Wettbewerbes ausgewählt wurde. ●

IGW-Chef Stefan Moidl, die Künstlerin Katharina Kothmiller und Andreas Dornhofer von Wien Energie präsentieren den Entwurf für die Gestaltung.



**WINDKRAFT
KUNST
WETTBEWERB 2019
MITMACHEN
UND GEWINNEN**

ACHTUNG:

Wegen der Fülle an Einsendungen wurde der Windkraft-Kunst-Wettbewerb 2019 bis 15. Oktober verlängert. Nutzt eure Chance und schickt uns ganz nach dem Motto „Gestalte die Kraft des Windes“ euer Kunstwerk. Infos und Teilnahmebedingungen unter:

www.tagdeswindes.at/kunst

Sachverstand und Kompetenz



- Sämtliche Prüfungen, Inspektionen und Gutachten
- Technische Due Diligence und Betriebsführung
- Beratung in allen Stadien eines Windparkprojekts
- Bewertung und Prüfung für den Weiterbetrieb nach dem 20. Betriebsjahr



8.2 WindING Consult

Ing. Christian Szodl

+43 699 1130 3402

1140 Wien, Hüttelbergstraße 127

office@winding-consult.at • www.winding-consult.at

christian.szodl@8p2.at • www.8p2.de

Service für Mitglieder



IGW-GRUNDLAGEN-SEMINAR WINDENERGIE

Am 27./28. November 2019 bietet die IG Windkraft wieder ein Grundlagen-seminar über das technische und wirtschaftliche Basiswissen zur Windenergie an. Das Seminar richtet sich vor allem an neue MitarbeiterInnen von Windkraftbetrieben, denen damit ein optimaler Einstieg in die Materie ermöglicht werden soll. Infos unter: www.igwindkraft.at/basis



IGW-SEMINAR RECHTSGRUNDLAGEN DER WINDENERGIE

Am 25. September 2019 bietet die IG Windkraft ein Seminar über die rechtlichen Grundlagen rund um das Genehmigungsverfahren bei Windkraftprojekten an. RechtsexpertInnen aus der Branche geben einen Überblick, welche Stolpersteine zu Verzögerungen in Bewilligungsverfahren führen und welche Verbesserungsmöglichkeiten angewendet werden können. www.igwindkraft.at/recht

IGW-Exkursion nach Husum 2019

Seit 30 Jahren ist die HUSUM Wind Deutschlands nationale Leitmesse für Windenergie. Und fast ebenso lange führt die Exkursion der IGW österreichische WindexpertInnen an die Nordsee. Dieser Zeitspanne trugen auf der HUSUM 2019 Themen wie Repowering und Recycling Rechnung, die zukünftigen Potenziale zeigten Power-to-X und Speicher sowie Digitalisierung und Big Data. Deswegen besichtigten die TeilnehmerInnen der IGW-Exkursion auch das Speicherregelkraftwerk Hamburg-Curslack, wo die Kopplung von Windpark und Batteriespeicher für Systemdienstleistungen in einem Forschungsprojekt erprobt wird. Wie immer kam auch der gesellige Teil nicht zu kurz, im malerischen Husumer Hafen boten abends das Windwanderer-Festival und das Brauhaus verdiente Entspannung. ●



VERNETZTE WINDENERGIE

Das Österreichische Windenergie-Symposium AWES (Austrian Wind Energy Symposium) ist das bedeutendste Informations- und Diskussionsforum für Österreichs Windenergiebranche. Hier erfahren Sie die wichtigsten Trends und Entwicklungen der Branche, um Ihr Wissen und die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens zu stärken. Networking unter Profis in entspannter Atmosphäre.

17.-18. März 2020
Aula der Wissenschaften, Wien

save
the date

Themenschwerpunkte des AWES 2020

Zukunft der Ökostromförderung
Klimapolitik – Anspruch und Wirklichkeit
Auswirkungen des Klimawandels
Strommarkt neu organisiert
Wirtschaft & Technik
Soziale Akzeptanz & Naturschutz
Technologische Zukunftstrends



Keynote Speaker ist der austro-amerikanische Ökonom Gernot Wagner von der New York University, Co-Autor des Buches „Klimaschock – die extremen wirtschaftlichen Konsequenzen des Klimawandels“, das als Wissenschaftsbuch des Jahres 2017 ausgezeichnet wurde.

IG WINDKRAFT

Austrian Wind Energy Association



www.awes.at



Wenn die Burschen und Mädchen der oberösterreichischen Windradplattler loslegen, beb't jedes Festzelt.



Porträt Wind-Menschen

Die mit den Windrädern tanzen.

Wie ist eure ungewöhnliche Tanzgruppe „Altschwendter Windradplattler“ entstanden?

Christian Ott: 2009 haben wir in Altschwendt die Landjugend gegründet, und weil wir gemerkt haben, dass vielen von uns das Schuhplattln sehr taugt, haben wir uns einen eigenen Trainer gesucht und einen Schuhplattlerkurs organisiert. Auf unseren ersten öffentlichen Auftritt bei der Abschlussveranstaltung gab es sehr positive Resonanz und einige von uns haben mit dem Schuhplattln weitergemacht, woraus dann unsere Gruppe entstanden ist.

Aus welchen Menschen setzt sich eure Gruppe zusammen?

Insgesamt sind wir 19 Leute im Altersspektrum von 15 bis 28 Jahren. Bei den Auftritten sind davon je nach Platzangebot zwischen 7 und 15 auf der Bühne. Wir sind eine bunt gemischte Truppe, lauter Landleute, uns taugt das Landleben, und dazu gehört auch die Tradition. Bei uns gibt es Landwirte und Handwerker, aber ebenso Studenten und akademische Berufe.

Und wie seid ihr auf den Namen Windradplattler gekommen?

Wir wohnen in dem kleinen Ort Altschwendt, den außerhalb unserer Gegend nur wenige Leute kennen. Weil wir aber auf einer Anhöhe liegen, sehen viele Leute im Innviertel die fünf Windräder in unseren beiden Windparks

Oberröhdham und Steindlberg. Die sind in unserer Gegend etwas Außergewöhnliches, deswegen haben wir auf die Frage, wo wir herkommen, immer geantwortet: Aus Altschwendt, dort wo die Windradln stehen. Aus dem ist unser Name Windradplattler entstanden, passend zu unserem eigenen Motto: Bei uns geht ein anderer Wind.

Beschreibe doch kurz euer Programm und euren Stil.

Wir haben zwei Bereiche, die einander ergänzen. Zum einen das traditionelle Schuhplattln zur traditionellen Ziehharmonika-Musik, zum andern das Schuhplattln zu moderner Musik, zu der wir die Tanzarrangements und auch akrobatische Showeinlagen selber entwickeln. Wir verwenden eine wilde Mischung moderner Musik, von Gabalier über Kellerkommando bis zu AC/DC.

Diese Mischung aus alt und neu kommt offenbar sehr gut an.

Schaut so aus. Unsere Auftritte sind immer als Steigerung angelegt. Wir fangen mit dem traditionellen Schuhplattln an, später legen wir dann unsere modernen Tanzarrangements nach, was die Stimmung gewaltig anheizt. Mit denen, so sag' ich gern, befördern wir das Schuhplattln ins 21. Jahrhundert.

Fühlt ihr selbst euch eher der Tradition oder der modernen Welt verbunden?

Wie beim Tanzen verbinden wir beides miteinander. Wir wollen traditionelle Werte weiterführen und tragen auch traditionelle Tracht. Unsere Lederhosen sind maßgeschneiderte Sonderanfertigungen, darauf sind als unser Logo drei Windradln und unsere Initialen eingestickt. Aber wir sind junge Leute wie

andere auch, wir gehen feiern und nützen die moderne Technologie, moderne Medien, Musik und Tontechnik.

Diese Verbindung zeigt sich ja auch in eurer Truppe.

Genau, denn das Schuhplattln war und ist üblicherweise eine reine Männersache. Wir dagegen sagen, wir leben heute in einer gleichberechtigten Gesellschaft, deswegen sind wir eine gemischte Truppe mit Burschen und Mädchen. Damit verändern wir die traditionelle Form, aber es macht auch viel mehr Spaß und wir können tolle akrobatische Showeinlagen einbauen.

Tragt ihr die Windradln nur im Namen oder habt ihr selber auch einen Bezug dazu?

Ich selber wohne in nächster Nähe zu den Windparks und bin froh, dass wir sie haben, weil wir mit erneuerbarer Energie Strom erzeugen können und deswegen keine fossile oder atomare Energie brauchen. Das sehen auch die meisten anderen Mitglieder unserer Truppe so. Überhaupt sind in unserer Gegend die Menschen mit den Windrädern sehr zufrieden.

Wie siehst du generell das ökologische Bewusstsein der heutigen Jugend?

Ich bin landwirtschaftlicher Meister und Vollerwerbslandwirt von Beruf, für mich sind schonender Umgang mit Ressourcen, Kreislaufwirtschaft und Umweltbewusstsein mein täglich Brot und mein alltägliches Denken. Das sind meine tiefsten Werte, weil ich gern Landwirt bin und mich damit voll identifiziere. So wie ich es erlebe, steigt aber bei vielen jungen Menschen das Bewusstsein für diese wichtigen Themen extrem an. ●

Zur Person

Christian Ott ist Landwirt und Obmann der Windradplattler.
Kontakt und Buchung:
www.windradplattler.at



Hoch hinaus ...

NEU!
Gittermaste bis 180 m

- Errichtung ohne Kran und Betonfundamente
- Effiziente Montage und Wartung

Energie

Nachrichten

● BMNT schlägt IGW beim EnergiewendeCup 2019

Bereits zum sechsten Mal lud der Biomasse-Verband die Branche der Erneuerbaren zum EnergiewendeCup ein. Bei tropischen Temperaturen kämpften Mitte Juni 13 gemischte Mannschaften um den begehrten Holz-Pokal, der heuer alle Erneuerbaren motivisch in sich vereinte. Das Finale bstritten schließlich das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) und die IG Windkraft. Doch trotz weiblicher Unterstützung vom Team FIBL (Forschungsinstitut für biologischen Landbau) musste sich die IGW letztlich geschlagen und mit Platz 2 zufrieden geben.



Das Team der IGW schlug sich wacker und erreichte den ehrenhaften zweiten Platz.

● Temperaturanstieg an Land hat bereits 1,53 °C erreicht

Im August hat das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) einen Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme vorgelegt. Fazit des Berichts: Der weltweite Temperaturanstieg über den Landflächen der Erde hat bereits 1,53 °C erreicht. Da sich die Meeresflächen langsamer erwärmen, ist die globale Temperatur seit der vorindustriellen Zeit im Schnitt um 0,9 °C gestiegen. Die Experten sehen daher für Landsysteme wesentlich größere Herausforderungen als bisher angenommen und warnen vor dem noch nie dagewesenen Ausmaß der Landnutzung.

● Frankreichs SteuerzahlerInnen sollen die Atomenergie retten

Mit Atomkraft erzeugter Strom ist sauer. Da aber die Folgekosten nicht eingepreist wurden, blieb der Börsenpreis für Atomstrom künstlich niedrig. Jetzt aber wird ausgerechnet im Atomland Frankreich offenkundig, dass diese Kraftwerkstechnologie absolut unwirtschaftlich ist. Am 25. Juni berichtete die FAZ: „Im Stammland der Kernenergie wird die Atomkraft so teuer, dass sie von den privaten Finanzmärkten nicht mehr finanziert werden kann.“ Die 58 Reaktoren, die zwischen 1977 und 1997 ans Netz gingen, müssen aufwendig renoviert werden, Investitionen von rund 50 Milliarden Euro drohen. Die Börse schreckt vor solchen Risiken zunehmend zurück, sitzt EdF doch ohnehin schon auf einem Schuldenberg von 33 Milliarden Euro. Deshalb plane die Regierung, das Atomgeschäft des



Bundespräsident bei der Windenergie

Als prominenter Gast beim Jubiläumsfest zum 25-jährigen Bestehen der Waldviertler W.E.B betonte Bundespräsident Alexander Van der Bellen, dass Firmen wie die W.E.B und die erneuerbaren Energien wichtiger Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel sind.

EdF-Konzerns auszulagern und wieder zu verstaatlichen. Mit anderen Worten: Frankreichs SteuerzahlerInnen sollen die Verluste des unrentablen Geschäftes tragen und so die Atomenergie retten.

● Windkonzern Senvion wird in seine Einzelteile zerlegt

Im April musste der Hamburger Windkonzern Senvion Insolvenz anmelden. Mit einem 100 Millionen Euro Massekredit wurden in der Folge die Sanierung und der Verkauf des Unternehmens angepeilt. Wie aber das deutsche Handelsblatt am 28. August meldete, gab es für den verschuldeten Konzern als Ganzes keinen Interessenten. Branchen-Insider gehen davon aus, dass Senvion nun in einzelne Sparten zerlegt und diese Stück für Stück verkauft werden sollen. Laut Handelsblatt hat sich für die Service-Sparte bereits ein Käufer gefunden. Genauere Details waren zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt. ●

PROFESSIONAL

PROFES

ENERGYSERVICES

ERNEUERBARE
ENERGIEN

WINDENERGIE
PHOTOVOLTAIK

PROFESSIONAL ENERGY SERVICES GMBH
A-1160 WIEN • LERCHENFELDER GÜRTEL 55A/1
TEL +43 (0)1 486 80 80-0 • FAX +43 (0)1 486 80 80-99
OFFICE@PROFES.AT

TECHNISCHES BÜRO



efficient
renewable
energy



Windkunst-Benefiz-Auktion für Kinderhospiz Ab sofort mitbieten!

Am 19. Mai schaffte Extremsportler Rainer Predl am Windrad Lichtenegg einen Weltrekord-Marathonlauf. In der Aussichtsplattform drehte er seine Runden und bewältigte die volle Marathon-Distanz in 4 Stunden 21 Minuten. Nach dem Zieleinlauf, den Predl vor begeisterten Zuschauern ebenerdig vor dem Windrad hinlegte, hatte er noch die Kraft, um auf einer Leinwand eine buntfarbige Achterschleife als Symbol für unendliche Energie zu ziehen. Und eben dieses „Weltrekord-Kunstwerk“ wird – in vier 2x2 m große Bilder geteilt und auf Keilrahmen

aufgezogen – bei einer Benefiz-Auktion am 15. Oktober von 16 bis 16:30 Uhr im Schloss Krumbach versteigert. Seit vielen Jahren ist Predl Kinderhospiz-Botschafter, der Erlös der Auktion des „Laufenden Kunstwerks“ geht zu 100 % an den Sterntalerhof www.sterntalerhof.at und die Waldschule Wr. Neustadt waldschule.schulzentrum-foehrenwald.at

Unterstützen Sie die gute Sache. Schon jetzt können Sie Ihr Gebot für eines oder mehrere der vier Bilder abgeben. Infos unter: www.igwindkraft.at/benefiz

8.2 | The Experts in Renewable Energy



- Due Diligence von Windparks und PV-Anlagen
- Technische Beratung und Prüfungen aller Art
- Schadens- und Wertgutachten
- Bewertung und Prüfung zum Weiterbetrieb (BPW)
- Zustandsorientierte und wiederkehrende Prüfung
- Werks- und Garantieabnahme
- Bauüberwachung
- Videoendoskopie
- Schwingungsanalyse
- Online-Condition-Monitoring (CMS)
- Fundamentkontrolle
- Rotorblattprüfungen
- Unterstützung bei Vertragsverhandlungen
- Consulting Offshore

save
the date

Earth Strike • 27.9. • Wien
There is NO Planet B
www.klimaprotest.at



WEITERE FESTE ZUM TAG DES WINDES 2019

- 20. Sept.: Windfest Emundshof/Mönchhof (Püspök, ImWind)
- 20. Sept.: Windfest Nikitsch (Kelag, Energie Burgenland)
- 4. Okt.: Windfest im Windpark Bruckneudorf (Energie Burgenland, ImWind, Energiepark Bruck)
- 6. Okt.: Windpark-Run im WP Tattendorf (Gemeinde Tattendorf, EVN)

Weitere Informationen und Termine unter: www.tagdeswindes.at

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25 MEDIENGESETZ

windenergie  Nr. 94 – September 2019

Blattlinie: Informationen über Nutzen und Nutzung der Windenergie und anderer Formen erneuerbarer Energie

Medieninhaber und Herausgeber: Interessengemeinschaft Windkraft, Wienerstraße 19, A-3100 St. Pölten, Tel: 02742 / 21955, Fax: 02742 / 21955-5, E-Mail: igw@igwindkraft.at, Internet: www.igwindkraft.at

Erscheinungsort und Verlagspostamt: 3100 St. Pölten

Aufgabepostämter: 1150 Wien, 1000 Wien; P.b.b.

Redaktion: Mag. Gerhard Scholz, Mag. Stefan Moidl, Mag. Martin Jaksch-Fliegenschnee, DI (FH) Katharina Hochecker, Ing. Lukas Pawek, Bernhard Fürsinn BSC

Produktion: Mag. Gerhard Scholz

Art Direction: Levent Tarhan (www.atelier-lev.com)

Druck: Gugler GmbH, Melk, www.gugler.at

DVR: 075658 © IG Windkraft / Alle Rechte vorbehalten.

Hergestellt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“. Gugler GmbH, UWNr. 609

Fotos: 1 maho / WoGi / Leszek Czerwonka (alle Adobe Stock) 2 Astrid Knie | Klimavolksbegehren 3 vencav / Adobe Stock 6 Windkraft Simonsfeld / Klaus Rockenbauer 8 Ralf Müllenmeister / Adobe Stock 10 Thomas Söllner / Adobe Stock 11 Kelag 12 teerapon / Adobe Stock 14 Klaus Rockenbauer 16 Popp-Hackner-Photography | Jari Peltomaki / WWF | Thomas Zuna-Kratky 17 Umweltconsulting ZT GmbH | ÖBf / Wolfgang Simlinger (2) 18-19 Astrid Knie (4) | IGW 20 Astrid Knie | privat 22-23 IGW (2) | Astrid Knie



IG WINDKRAFT
IN DEN SOZIALEN
MEDIEN

facebook
facebook.com/igwindkraft

twitter
twitter.com/igwindkraft

Instagram
instagram.com/igwindkraft

8.2 Ingenieurbüro Windenergie

DI Christof Flucher
Joh.-Freumbichler-Weg 3
5020 Salzburg
T +43 664 405 36 87
F +43 662 64 98 42
christof.flucher@8p2.at

8.2 Group e. V.

Burchardstr. 17
20095 Hamburg
T +49 40 22 86 45 69
info@8p2.de

8p2.de

Der österreichweite Partner für die Vermarktung Ihrer Stromerzeugung aus Windkraft

NATURKRAFT bietet Ihnen die Möglichkeit, Ihre Stromerzeugung aus Windkraft am freien Markt zu verkaufen.

Neben hoher Flexibilität in der Vertragsgestaltung bietet Ihnen NATURKRAFT eine garantierte Abnahme zu attraktiven Preismodellen.

Dazu verfügt NATURKRAFT über ein langjähriges Know-how.

Als zuverlässiger Partner bietet Ihnen NATURKRAFT folgende Leistungen und Services:

- Erledigung sämtlicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Stromvermarktung in einem 24/7-Betrieb.
- Maßgeschneiderte Preisvarianten entsprechend dem Risikoappetit des Erzeugers.
- Regelung und Steuerung der Windkraftanlagen mit Vergütung der angefallenen Ausfallsarbeit.
- Energiewirtschaftliche Analysen und Monitoring der Marktentwicklung.
- Lieferung des Strombezuges aus dem öffentlichen Netz für den Kraftwerkseigenverbrauch.

Wenn Sie Interesse an einer optimalen Lösung für die Vermarktung Ihrer Stromerzeugung aus Windkraft haben, setzen Sie sich kostenlos und unverbindlich mit uns in Verbindung.

Ihr NATURKRAFT-Team